Gemeinderatssitzung vom 17. Oktober 2023

Im öffentlichen Teil der Sitzung erhielten die Gemeinderätinnen und -räte einen Zwischenbericht zur Kommunalen Wärmeplanung sowie einen Bericht über die im dritten Quartal 2023 eingegangenen Spenden und Zuwendungen. Es ging außerdem um die Beschaffung eines zweiten Bauwagens für den Naturkindergarten und den Projektstopp des geplanten Albturms auf dem Utzenberg.
Es folgte eine nicht öffentliche Sitzung mit sechs weiteren Tagesordnungspunkten.

Bürgermeister Dr. Joy Alemazung begrüßte alle Anwesenden zur Oktobersitzung des Gemeinderats und erinnerte in seiner **Eingangsrede** daran, dass er vor genau zwei Jahren zum Bürgermeister der Stadt Heubach gewählt wurde, wofür er außerordentlich dankbar sei. Dankbar auch dafür, dass in Heubach ein friedliches Leben möglich sei und gemeinsam für die Bürgerinnen und Bürger Lösungen für die alltäglichen Herausforderungen und Bedürfnisse erarbeiten werden können. Er appellierte angesichts zahlreicher bevorstehender Aufgaben daran, diesen Weg weiterhin gemeinsam zu gehen.
Er blickte auf die Geschehnisse seit der letzten Gemeinderatssitzung zurück und gab auch hier seiner Dankbarkeit gegenüber allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung sowie Stadträtinnen und Stadträten für die erfolgreiche Umsetzung vieler Maßnahmen Ausdruck. Er nannte die 10. Heubacher Spätschicht, die am 29.September stattfand, die Fahrt mit Jugendlichen ins Europaparlament nach Straßburg am 30. September sowie die 12. Regionaltage am 7. und 8. Oktober mit dem 30-jährigen Jubiläum des KunstHandwerkMarkts.
Beim Thema Herausforderungen ging der Bürgermeister auf die notwendige Sanierung des Freibads ein und verwies auf intensive Beratungen - mit dem Ziel, eine effiziente Lösung zu finden und eine Schließung des Bads zu vermeiden - im nicht öffentlichen Teil der Sitzung. Die Sanierung des Hallenbads gehe zwar in den Endspurt, jedoch könne der ursprünglich genannte Termin nach den Herbstferien, an dem das Hallenbad wieder den Badegästen sowie den Vereinen und Schulen zur Verfügung stehen sollte, leider nicht gehalten werden, da noch einige Prüfungen durchgeführt werden müssen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die Wiedereröffnung noch in diesem Jahr erfolgen wird.
Der Vorsitzende informierte des Weiteren über die Vorbereitung der Wahlen zum Jugendparlament, die in der kommenden Woche (23.- 27.10.2023) stattfinden werden. Die Anmeldungen sind bereits abgeschlossen und es gebe ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten, die in den Heubacher Schulen bzw. im Rathaus (für Jugendliche, die nicht in Heubach zur Schule gehen) zur Wahl stehen.
Last but not least freute sich Bürgermeister Dr. Alemazung, mitteilen zu können, dass die Weihnachtsbeleuchtung in diesem Jahr in vollem Umfang installiert und betrieben werde. Dies umfasse auch den Lichterfall an der Burgruine Rosenstein.

Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

- Klaus Schlumpberger meinte, dass die Stadt Heubach sehr schmutzig geworden sei und wollte wissen, weshalb die **Kehrmaschine** (Firma Hofele, nicht Bauhof!) nicht mehr so häufig wie früher im Einsatz sei.
  Stadtbaumeisterin Ulrike Holl bestätigte, dass die Kehrmaschine im Zuge von Einsparmaßnahmen nur noch zweimal pro Jahr (nach dem Streudienst im Winter und nach dem Laubfall im Herbst) unterwegs sei.
  Bürgermeister Dr. Alemazung ergänzte, dass hier alle aufgefordert seien, ihren Beitrag zu leisten. Es liege in der Verantwortung jedes einzelnen, selbst auf Sauberkeit zu achten. Man müsse weg von „alten Denkweisen“ und der Auffassung, dass der Bauhof dafür zuständig sei, den Müll zu entfernen. Das Thema gehe alle an, werde aber selbstverständlich auch von der Stadtverwaltung weiterverfolgt.

  Herr Schlumpberger erkundigte sich außerdem bezüglich des letzthin getroffenen Beschlusses zum **Schneeräumen** (nicht mehr in den Nebenstraßen), ob diese Leistung nicht in den Erschließungskosten und/oder der Grundsteuer enthalten sei.
  Kämmerin Monika Löhn verneinte ersteres und wies darauf hin, dass die Grundsteuer eine Steuer unter vielen darstelle. Die Gesamtheit der Steuereinnahmen sei zwar für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur da, reiche jedoch bei Weitem nicht für alles - wie z.B. den Winterdienst - aus. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf die ständigen Bemühungen von Verwaltung und Gemeinderat, über Sparmaßnahmen und Haushaltskonsolidierungen nachzudenken.

- Monique Frey erkundigte sich in ihrer Funktion als Elternbeirätin im **Naturkindergarten**, ob es nicht eine andere Möglichkeit des Standorts für den geplanten zweiten Bauwagen gebe (siehe TOP „Beschaffung eines zweiten Aufenthaltswagens für den Naturkindergarten“) und gab diesbezüglich zu bedenken, dass der Hang, der für die Herstellung der Aufstellfläche abgebaggert werden müsse, intensiv als Kletterberg genutzt werde und für die Kindern „das Herzstück des Kindergartens“ sei. Sie bat darum, den Standort nochmals zu überdenken. Frau Frey wollte außerdem wissen, ob die Ausrichtung des Naturkindergartens konzeptionell weitergedacht wurde und äußerte sich besorgt darüber, wie sich die Umsetzung mit 40 Kindern anstelle von bisher 20 Kindern darstelle.

  Hauptamtsleiter Eckhard Häffner erläuterte, dass es noch keine neue Konzeption gebe, da die Entscheidung des Gemeinderats noch ausstehe. Wenn ein positiver Beschluss vorliege, werde man sich in 2024 mit einer entsprechenden Weiterentwicklung befassen.
  Herr Häffner sah in der angedachten Fläche den besten Standort auf dem Gelände und begründete die Auswahl auch mit Synergien (z.B. in Bezug auf die Aufsichtspflicht) aufgrund der Nähe zum ersten Bauwagen. Er merkte an, dass eine Alternative geprüft werden könne, wenn dies mehrheitlich gewünscht werde. Er wies daneben darauf hin, dass im Naturkindergarten aktuell alle Plätze belegt seien und man daher auch auf einen werbewirksamen Tag der offenen Tür in diesem Jahr verzichtet habe.

- Ein Bürger thematisierte das **Parken am Rosenstein** und erkundigte sich nach der Möglichkeit, den Pionierweg wegen des Verkehrsaufkommens und der Ressource „Natur“ für Fahrzeuge zu sperren. Er nannte hierzu auch die Stichworte Parkgebühren und gebührenpflichtiger Shuttleverkehr.
  Bürgermeister Dr. Alemazung merkte an, dass sich die Verwaltung bereits mit dem Thema befasse.

  Der Bürger ging auf den auf der Agenda befindlichen TOP „**Albturm** – Projektstopp“ ein und äußerte die Bitte, das Thema nicht fallenzulassen, sondern nochmals zu überdenken. Er sprach vom „Naturschatz Rosenstein“. Das Argument „zu teuer“ könne er nicht nachvollziehen. Gerade in diesen schwierigen Zeiten müsse von Seiten der öffentlichen Hand etwas getan werden.
  Der Vorsitzende betonte, dass es sich hierbei nicht um eine Entscheidung „nach Lust und Laune“ handle und verwies auf die Beratungen im weiteren Verlauf der Sitzung.

  Der Bürger bemerkte darüber hinaus, dass es in der **Franz-Keller-Straße** sehr dunkel sei und fragte nach der Möglichkeit, dort eine Straßenlampe zu installieren.
  Bürgermeister Dr. Alemazung sagte zu, das Thema aufzunehmen und zu prüfen. Eventuell fehle auch nur ein Leuchtmittel.

  Die letzte Frage zielte darauf ab, weshalb bei Beerdigungen in der Nähe des Friedhofs geparkte Fahrzeuge einen **Strafzettel** durch den Gemeindevollzugsdienst erhielten. Dies sei nach Meinung des Bürgers pietätlos.
  Der Vorsitzende konstatierte, dass das Thema generell eine schwierige Situation und Abwägung darstelle, mit dem die Stadtverwaltung täglich konfrontiert sei. Er wies darauf hin, dass es ausreichend kostenfreie Parkplätze in Heubach gebe, die für zwei bis drei Stunden mit einer Parkscheibe genutzt werden können.

- Eine Bürgerin fragte als Spielplatzpatin des **Spielplatzes in der Egerstraße** danach, wann die seit eineinhalb Jahren beim Bauhof eingelagerten Spielgeräte wieder aufgebaut werden.
  Stadtbaumeisterin Holl merkte an, dass das neue Spielplatzkonzept noch nicht ganz ausgearbeitet sei und stellte fest, dass der Bauhof nicht alle Belange gleichzeitig bedienen könne.
  Der Bürgermeister ergänzte, dass aus diesem Grund auch eine Konzentration auf weniger Spielplätze erfolgen soll.

Vorstellung der Kommunalen Wärmeplanung - Zwischenbericht

Holger Röhrer und Jannik Kett von der GEO Gesellschaft für Energieversorgung Ostalb mbH bzw. N!Kom Projekt GmbH informierten umfassend über die Gründung und Aufgaben der N!Kom (Beratung und Projektsteuerung) sowie die Thematik der Kommunalen Wärmeplanung. Beginnend mit der generellen Zielsetzung der Klimaneutralität bis 2040 gemäß den Klimaschutzgesetzen des Bundes und der Länder, d.h. der deutlichen Senkung der CO_2 Emissionen, aber auch der Reduktion des Energiebedarfs, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Es wurden die notwendigen Analysen (Bestandsanalysen zum Wärmebedarf und zur Versorgungsstruktur, Analyse der vorhandenen Potenziale zur Wärmeversorgung mittels erneuerbarer Energien) vorgestellt, ebenso wie ein Szenario und Fahrplan für eine klimaneutrale Wärmeversorgung der Kommune im Jahr 2040. Darauf aufbauend geht es um die Erarbeitung einer ganzheitlichen Wärmewendestrategie mit der Formulierung verschiedener Maßnahmen zur Umsetzung des kommunalen Wärmeplans. Herr Kett hob dabei auf die Bereitstellung der Entscheidungsgrundlagen und die Handlungsfähigkeit für die Kommune ab und stellte für Heubach fünf mögliche Maßnahmen mit einer Gesamtkostenschätzung von insgesamt rund 156.000 € (Förderkulisse bereits eingeplant) dar.

Dieses sogenannte „kurzfristige Maßnahmenpaket“ könnte die Punkte Masterplan Klimaneutralität, Machbarkeitsstudie Wärmenetze, Sanierungsmanagement, Beratungsangebot und klimaneutrale Wärmeversorgung kommunaler Gebäudenetze enthalten. Die Kosten sollen nach Beschluss in den Haushaltsplan 2024 aufgenommen werden. Es können zum Teil Fördermittel beantragt werden; dies soll bereits zeitnah erfolgen. Er informierte weiter über Werkzeuge zur Fortschrittsüberwachung und Zielerreichung 2040 und unterstrich die Wichtigkeit, Orientierung für Bürgerinnen und Bürger in Form von einer transparenten Kommunikation und Beratungsangeboten zu bieten.
Herr Kett ging auf die rechtliche Seite und die Eckdaten von Gebäudeenergiegesetz (GEG - bereits beschlossen) und Wärmeplanungsgesetz (WPG - noch nicht verabschiedet) ein und machte deutlich, dass durch die Kommunale Wärmeplanung keine Rechten und Pflichten entstehen und es sinnvoll sei, jetzt damit zu starten. Schnelle Kommunen würden nicht benachteiligt oder „bestraft“. Vielmehr könne Heubach seinen Vorsprung sichern und den eingeleiteten Weg (Wärmenetz Buch und Nahwärmerealisierungen mit der GEO) weiterverfolgen und vervollständigen. Er wies außerdem auf die sicherlich noch weiter zunehmende Auslastung von Planungsbüros hin und hob auf die Faktoren Zeit und Geld bei der Wärmewende ab.
Abschließend stellte Herr Kett die Projektorganisation (Stadtverwaltung - GEO - N!Kom) dar und informierte anhand einer Zeitschiene mit bereits erfolgten und geplanten Arbeitspaketen über den Zeitplan des Gesamtprojekts bis zum Herbst 2024. Aktuell werden alle erhobenen Daten (Flächennutzung, Gebäudestruktur, Energie- & Treibhausgas-Bilanz, Sanierungspotenzial, Heizungsarten, Wärmedichte) ausgewertet und aufbereitet. Herr Kett informierte diesbezüglich über derzeit 29 kt CO_2-Emissionen in Heubach und relativ neue (nicht älter als 20 Jahre) Gas- und Ölheizungen im Stadtgebiet.

Bürgermeister Dr. Alemazung konstatierte, dass man mit der Gründung der N!Kom eine gute Entscheidung getroffen habe und den richtigen Weg gehe.

Die Sprecher der Fraktionen, die Stadträte Martin Kelbaß, Thomas Abele und Gerhard Kuhn dankten den beiden Herren für die ausführliche Präsentation zur erfreulicherweise schon recht konkreten Kommunalen Wärmeplanung sowie den zahlreichen Hintergrundinformationen, auch zur Gesetzeslage.

Stadtrat Kelbaß unterstrich die Wichtigkeit, sehr bald konkrete Informationen darüber zu haben, wie es mit der Nahwärme in Heubach weitergehe. Auf seine Nachfrage hinsichtlich des Beratungsangebots, bestätigte Herr Kett, dass damit keine Einzelberatung, sondern eine entsprechende Veranstaltung mit allgemeinen Hinweisen gemeint sei.

Stadtrat Abele begrüßte die Botschaft, dass es keinesfalls nachteilig sei, dass man in Heubach mit der Kommunalen Wärmeplanung früh begonnen hat und dass daraus keine früheren Verpflichtungen für die Bürgerinnen und Bürger entstehen. Er betonte die Wichtigkeit einer transparenten Darstellung der Maßnahmen und ihrer Konsequenzen sowohl für die Kommune als auch für die Bürgerschaft. Wichtig sei außerdem, bei den Maßnahmen eine Vernetzung mit anderen Energien und nicht nur den Faktor Wärme zu berücksichtigen.

Der Anmerkung von Stadtrat Heinz Pfisterer, „über den Tellerrand der Stadt Heubach hinauszuschauen“ (Synergien mit Böbingen/Gewerbegebiet, Wasserstoffproduktion auf dem Gügling), wurde von Herrn Kett zugestimmt - es werde nicht abgeschlossen gedacht.

Der Gemeinderat nahm **Kenntnis** vom Zwischenbericht der kommunalen Wärmeplanung und beauftragte die Verwaltung **einstimmig** (mit einer Enthaltung), in den Haushaltsplan 2024 für den Maßnahmenplan Mittel einzustellen und Förderanträge zu stellen.

Beschaffung eines zweiten Aufenthaltswagens für den Naturkindergarten
Hauptamtsleiter Eckhard Häffner nahm Bezug auf die Sitzung des Verwaltungsausschusses im Juni mit dem Tagesordnungspunkt „Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung für das Jahr 2023/2024“ und die positiv aufgenommene Idee, aufgrund der vorausberechneten Prognosen der Geburtenjahrgänge und einem steigenden Bedarf an Kindergartenplätzen, im sehr gut nachgefragten Naturkinderkindergarten einen zweiten Bauwagen anzuschaffen und eine zweite Gruppe einzurichten. Herr Häffner wies darauf hin, dass mit der Bebauung des Baugebiets „Auhölzle“ weitere Kinder und Eltern mit einem Kindergartenplatzbedarf nach Heubach ziehen werden.
Die Kosten für den zweiten Aufenthaltswagen bezifferte Herr Häffner mit 100.000 € (erster Bauwagen 2019 noch 60.000 €; Lieferzeit etwa ein Jahr) plus weiteren 30.000 €, um das Gelände am vorgesehenen Standort (auf der linken Seite direkt nach dem Eingangstor) entsprechend herzurichten. Er wies außerdem darauf hin, dass eine öffentliche Ausschreibung für den Aufenthaltswagen notwendig sei, die einen entsprechenden Vorlauf benötige.

Stadtrat Dominik Frey bewertete es sehr positiv, dass die Stadtverwaltung die Geburtenentwicklung im Blick habe und sich rechtzeitig um die Planung für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz kümmere. Ein zweiter Aufenthaltswagen stelle dabei die kostengünstigste und flexibelste

Lösung dar. Er unterstrich, dass der Naturkindergarten einen „tollen Baustein“ in der Betreuungslandschaft Heubachs darstelle. Stadtrat Frey äußerte sich erstaunt über die sehr hohe Kostensteigerung im Vergleich zur Beschaffung des ersten Bauwagens und erkundigte sich, ob es denn unbedingt ein Wagen sein müsse oder ob auch eine mobile Hütte denkbar und möglicherweise günstiger sei.

Stadtrat Martin Kelbaß erinnerte an die Vorberatung im Verwaltungsausschuss und sah den Vorschlag für den Naturkindergarten als die beste Idee und die günstigste Lösung für die Deckung des zusätzlichen Bedarfs. Er stellte fest, dass der Naturkindergarten gut ankomme und meinte, dass über die konkrete Ausgestaltung noch nachgedacht werden könne.

Stadtrat Frank Schührer war der gleichen Meinung und sprach sich dafür aus, über den Standort noch zu diskutieren. Zum einen stünden Kosten von 30.000 € im Raum und zum anderen habe es entsprechende Rückmeldungen und Bedenken in der Bürgerfragestunde gegeben. Es handle sich um ein großes Gelände, auf dem sich Alternativen finden lassen sollten. Er schlug außerdem vor, die Ausschreibung offener zu gestalten und nicht auf Bauwagen zu begrenzen.

Stadtrat Gerhard Kuhn schloss sich der Meinung seines Vorredners an und unterstrich die Notwendigkeit, die Betroffenen (hier: Kindergartenleitung und Eltern) bereits im Vorfeld in das Thema einzubeziehen. Dies gelte auch für andere Vorhaben. Schließlich gehe es darum, Kompetenzen einfließen zu lassen und ganz generell um das Thema Bürgerbeteiligung. Er sprach sich dafür aus, den Standort noch nicht festzulegen und eine Lösung in Absprache mit den Betroffenen herbeizuführen. Der Hang sollte seines Erachtens nicht abgetragen werden.

Stadtrat Heinz Pfisterer schlug vor, hiesige Zimmereien zu berücksichtigen und in diesem Zusammenhang eventuell auch eine andere Unterbringungsform zu diskutieren.

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner ging auf die Wortbeiträge aus dem Gremium ein und stellte klar, dass mit der Leitung des Naturkindergartens selbstverständlich vorab über das Vorhaben gesprochen wurde. Er räumte ein, dass der vorhandene Hang - wie in der Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger angesprochen - teilweise abgegraben und eingeebnet werden müsste und er selbst über die hohen Kosten dafür erstaunt gewesen sei. Nach seiner Meinung werde weder ein anderer Standort, noch eine andere Unterbringungsform (Hütte anstelle von Bauwagen) in der Realisierung günstiger. Herr Häffner betonte, dass - wenn es vom Gemeinderat so gewünscht werde - ein Architekt mit der Planung einer Hütte beauftragt werden könne. Die von Stadtrat Schührer vorgeschlagene alternative Ausschreibung sah er als rechtlich schwierig an. Auch sei eine Vergleichbarkeit seines Erachtens schwierig und zwei verschiedene „Unterkünfte“ könnten sich in der Praxis als nicht einfach erweisen. Über den Standort des Aufenthaltswagens könne noch gesprochen werden.

Stadtrat Günther Lux sah keine Alternative zum Bauwagen und merkte an, dass das Hinzuziehen eines Architekten weitere Kosten verursache. Außerdem habe sich der vorhandene Wagen sehr gut bewährt.
Stadtrat Kelbaß plädierte dafür, beim bestehenden Wagenkonzept zu bleiben und einen zweiten Aufenthaltswagen anzuschaffen, der bei veränderten Rahmenbedingungen eventuell auch anderswo eingesetzt werden könne.
Dieser Meinung schlossen sich auch Stadträtin Julia Gaiser und Stadtrat Markus Bretzler an. Letztgenannter meinte, dass sich auf die Ausschreibung hin sich auch die örtlichen Zimmereien bewerben könnten.

Der Gemeinderat beschloss nach ausführlicher Diskussion **mehrheitlich** mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung, dass für den Naturkindergarten ein zweiter Aufenthaltswagen beschafft werden soll und die Verwaltung mit der Durchführung einer Ausschreibung beauftragt wird. Der genaue Standort soll noch geprüft werden

Albturm – Projektstopp
Hauptamtsleiter Eckhard Häffner sprach von einem „tollen“ Projekt, das zukunftsweisend, aber auch teuer sei. Nach dem letzten Stand (Kostenschätzung von vor rund eineinhalb Jahren) geht es um insgesamt 13 Millionen Euro, Kostensteigerungen noch nicht eingerechnet. Für die Stadt Heubach stellt sich eine Deckungslücke von ca. 5,7 Millionen Euro dar. Diese Kosten seien angesichts anderer, mit dem Albturm konkurrierender Großprojekte - wie der Sanierungen von Freibad, Schloss und Realschule - nicht zu schultern. Hinzukomme, dass der Zeitraum bis zur internationalen Bauausstellung 2027 für die Realisierung des Projekts nicht ausreiche.
Herr Häffner bedauerte, dass der Heubacher Prof. Dr. Jürgen Graf mit seinem Team viel in das Projekt investiert habe und dieses Engagement nun keine Früchte trage. Die Verwaltung sehe jedoch keine Chance, das Projekt in naher Zukunft in Heubach zu realisieren.

Bürgermeister Dr. Joy Alemazung unterstrich die Aussagen des Hauptamtsleiters zu einem „super Projekt“, das jedoch finanziert werden müsse. Er betonte, dass es sich dabei im Vergleich zu den Themen Schulen

und Energiewende nicht um eine Pflichtaufgabe der Stadt handle. Auch müsse die Pro-Kopf-Verschuldung im Auge behalten werden. Die Finanzierung des Projekts durch Dritte sei trotz der großartigen Unterstützung des Landratsamts leider nicht gelungen. Der Vorsitzende konstatierte, dass das Thema intern lange diskutiert wurde und das Projekt für Heubach leider zu Ende sei. Für den Projektstopp ist die offizielle Entscheidung des Gemeinderats notwendig.

Stadtrat Günther Lux meinte, dass die Entscheidung schwerfalle. Er regte an, das Projekt über mehrere Jahre zu strecken und die anderen Projekte zu überdenken. Das Freibad könne seines Erachtens auch für zwei Jahre stillgelegt werden. Er monierte außerdem, dass hinsichtlich der Sponsorensuche offensichtlich gar nichts passiert sei.
Diesen Vorwurf wiesen Hauptamtsleiter Häffner und Bürgermeister Dr. Alemazung entschieden zurück. Herr Häffner unterstrich, dass die Verwaltung umfangreiche und intensive Versuche unternommen habe, Sponsoren für den Albturm zu gewinnen. Der Vorsitzende bekräftigte, dass das Projekt und die Sponsorensuche viel Zeit gekostet habe und sprach von einem „unfairen Vorwurf“ gegenüber der Verwaltung.

Stadtrat Frank Schührer betonte, dass das Gremium hinter der Verwaltung stehe. Für ihn sei klar, dass der Turm toll, aber für Heubach nicht realisierbar sei. Sechs Millionen Euro könnten von der Stadt nicht getragen werden. Dabei sei der laufende Betrieb noch nicht berücksichtigt. Auch sei zu beachten, dass der „Schatz Rosenstein“ durch zusätzliche Besucherströme nicht gefährdet werden dürfe.

Stadtrat Thomas Abele schloss sich der Meinung seines Vorredners an und konstatierte, dass sich viele im Umland für das Projekt begeistern würden, die Unterstützung jedoch nur mit Worten, aber nicht finanziell erfolge. Er sprach sich außerdem dafür aus, im kommenden Jahr zu überlegen, was mit dem Grundstück und der ehemaligen Richtfunkstation auf dem Utzenberg passieren soll.
Herr Häffner informierte hierzu, dass die Stadtverwaltung mit Jens-Olaf Weiher vom Forstamt im Gespräch sei und es erste Ideen gebe. Wenn diese konkreter seien, werde man damit in den Gemeinderat kommen.

Stadtrat Dr. Gerd Merinsky sprach von der Einrichtung eines Spendenkontos und fragte nach der Absetzmöglichkeit einer Spende bei der Steuer.
Kämmerin Monika Löhn verneinte diese Möglichkeit, da es sich nicht um ein gemeinnütziges Projekt, sondern um das Thema Tourismus handle. Dafür dürfe die Stadt keine Spendenbescheinigung ausstellen.

Das Gremium folgte **mehrheitlich** mit zwei Gegenstimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, das Projekt „Albturm mit Zukunftsforum" nicht weiterzuverfolgen und den Förderantrag zurückzunehmen.

Annahme von Spenden und Sponsoring für das 3. Quartal 2023
Nach § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung darf die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen. Über die Annahme entscheidet der Gemeinderat. Die Verwaltung hat außerdem einen Bericht mit genauer Angabe der Spender, Spendenbetrag und Zuwendungszweck für die Rechtsaufsichtsbehörde zu erstellen.

Im dritten Quartal 2023 sind insgesamt 260 € an Spenden bei der Stadt Heubach eingegangen (Zuwendungszweck: Rosenstein-Gymnasium, 260 €, Einzelspende).
An die Stiftung Heubach ist im dritten Quartal 2023 eine Einzelspende in Höhe von 5 € eingegangen.

Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Beträge **unisono** zu.

Bekanntgaben, Sonstiges
Matthias Kolb vom Stadtbauamt informierte über eine **Eilentscheidung** des Bürgermeisters zum Thema **Markterkundungsverfahren „Cluster Mitte“**.
In der Sitzung vom 19.06.2023 hatte der Gemeinderat auf Empfehlung der Stadtverwaltung beschlossen, alle weiteren Schritte für dieses Markterkundungsverfahren einzuleiten, um bei einer weiteren Bundes- und Landesförderung zum Breitbandausbau mögliche Zuschüsse beantragen zu können.
Um die notwendige öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Städten Aalen, Schwäbisch Gmünd, Oberkochen, Mutlangen und Böbingen zu schließen und den Förderantrag fristgerecht einreichen zu können (Deadline 10.10.2023) war eine Eilentscheidung des Bürgermeisters notwendig.
Herr Kolb sprach von einem komplexen Prozess und äußerte sich hinsichtlich des Förderbescheids optimistisch.
Der Gemeinderat nahm von der Eilentscheidung des Bürgermeistes **Kenntnis.**